

Zwar ist uns als Nicht-Mitglied die unmittelbare Teilnahme an den Beratungen der Menschenrechtskommission verwehrt. Die Bundesregierung wurde aber gebeten, die auf einigen Teilgebieten geschlossenen Konventionen mitzuunterzeichnen. Das haben wir getan. Vor einigen Monaten hat sich die Bundesrepublik dem Abkommen über das Verbot aller Formen der Rassendiskriminierung angeschlossen. Die deutsche Unterschrift unter die Konvention über die Nichtverjährbarkeit von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit wird beweisen, daß für uns Moral und Politik keine Gegensätze sind.

Das Jahr 1968 ist von den Vereinten Nationen zum ›Jahr der Menschenrechte‹ proklamiert worden. Dies geteilte Land ist ein geeigneter Ort, um für den Gedanken einer internationalen Sicherung der Menschenrechte zu werben. Ich bitte alle unsere Freunde, die Bundesregierung in diesem Bemühen zu unterstützen.

3. Müssen wir eine Mitgliedschaft anstreben?

Dies ist nicht ganz leicht zu beantworten. Sicherlich wäre es zu begrüßen, wenn die Bundesrepublik Deutschland Vollmitglied der Vereinten Nationen wäre. Eine Frage unserer nationalen Existenz ist dieses Problem nicht. Und da sie das nicht ist, können wir sie besonders leidenschaftslos prüfen.

Ostberlin hat seinen Aufnahmeantrag gestellt. Die Bundesrepublik Deutschland muß mit absoluter Sicherheit bei ihrem Antrag rechnen, daß die beiden Teile Deutschlands – so sehen uns viele im Land und noch mehr im Ausland – zusammen aufgenommen werden. Wollen wir das? Die Bundesregierung sagt unter den heutigen Umständen Nein.

Nun könnte jemand die Frage stellen, weshalb denn die von uns erstrebte Entkrampfung in Deutschland sich nicht bis in den Schoß der Vereinten Nationen fortsetzen sollte.

Darauf antworte ich: Noch haben wir dieses Ziel nicht erreicht. Noch stehen wir am Beginn. Noch warten wir auf mehr als Propaganda-Tiraden aus Ostberlin. Noch steht die wirkliche Konfrontation aus.

Die Vorstellung, die Ostberliner Machthaber in der Vollversammlung der Vereinten Nationen das verkünden zu hören, was bis jetzt ihre ganze Antwort auf unsere Entspannungsvorschläge ist, ist für jeden ernüchternd. Es ist auch für die osteuropäischen Nachbarn des deutschen Volkes ernüchternd.

Die Bundesrepublik Deutschland drängt nicht auf Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen. Offenbar drängen auch nicht die Vereinten Nationen auf unsere Mitgliedschaft. Wir sagen nur, was drängt, ist dies: Der Frieden in Europa und der Frieden in der Welt muß sicherer gemacht werden. Das ist eine Aufgabe, an der die Bundesrepublik Deutschland mitarbeiten will. Hier werden wir unseren Beitrag leisten.

Chinas Vertretung in den Vereinten Nationen

DR. HEINZ PÄCHTER

I

China gehört zu den Gründerstaaten der Vereinten Nationen; es war in San Franzisko bei der Annahme der Charter und es gehört als Großmacht dem Sicherheitsrat an. Obwohl damals die Erhebung Chinas zum ›ständigen Mitglied‹ des Rates als ungerechtfertigt kritisiert wurde, hat der Gang der Ereignisse doch diese Entscheidung bestätigt: alle ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates sind Atomkräfte und alle Atomkräfte sind ständige Mitglieder. Unter diesen fünf aber ist China als einziges Land nicht durch diejenige Regierung vertreten, die nukleare Waffen besitzt, sondern durch eine Exilregierung, die seit 17 Jahren auf einer Insel, durch eine 150 Kilometer breite Wasserstraße vom Festlande getrennt, residiert. Nichts, was im folgenden gesagt wird, soll als Kritik am unglücklichen Kuomintang-Regime ausgelegt werden. Als es, erschöpft in 30 Jahren Bürgerkrieg, Krieg und wieder Bürgerkrieg, von Mao Tse-tungs militärisch und politisch überlegenen Kräften geschlagen wurde, war es nicht schlechter als die meisten anderen Regierungen Asiens, und was es in Taiwan geleistet hat, ist ein gut Teil besser als irgend etwas, was irgendein Entwicklungsland der Welt aufzuweisen hat. Aber nicht die Vorzüge und Eigenschaften der Regierung in Taipeh und der Regierung in Peking stehen zur Debatte, sondern die völkerrechtliche Frage, ob die Mitgliedschaft bei einer Regierung ruht oder bei der geographisch-politischen Einheit, die man als Land oder Nation bezeichnet. Diese Frage hat seit 1950 fast jede Vollversammlung der Vereinten Nationen beschäftigt.

Aus dem bisher Gesagten ist zunächst ersichtlich, daß es sich nicht um die Mitgliedschaft Chinas handelt, wie die Laien glauben und wie selbst viele, die es besser wissen, der Kürze und Anschaulichkeit halber schreiben, sondern um die Vertretung; also nicht um die Frage, ob Rotchina aufgenommen, sondern ob der Sitz Chinas von der Regierung des festländischen China, deren Wohnsitz Peking ist, eingenommen werden soll. Daraus ergibt sich die Unterfrage, welches der Status Taiwans und seiner jetzigen Regierung sein soll, falls die UNO Mao Tse-tung als Rechtsnachfolger Tschiang Kai-

scheks für China anerkennen würde. Denn Taiwan als Insel ist weder Mitglied der Vereinten Nationen, noch überhaupt ein Staat. Man sollte meinen, daß nach 17 Jahren alle Beteiligten vernünftigerweise den Status quo hinzunehmen bereit sein und die Anerkennung zweier Regierungen, deren eine in Peking China und deren andere in Taipeh Taiwan regiert, dulden sollten¹. Aber Deutschen braucht man wohl am wenigsten zu erklären, daß sich so leicht nicht zwei Staaten an die Stelle von einem setzen lassen, obgleich im Unterschied zu Deutschland, dessen Ostteil sich die Zwei-Staaten-Theorie zu eigen macht, in China beide Regierungen behaupten, sie vertreten das ganze Land und Taiwan gehöre unlöslich zu China.

Da jede der beiden Regierungen beansprucht, im Namen ganz Chinas zu sprechen und zu handeln, kann keine einen Fußbreit Erde, der je China gehörte, verloren geben. Wie stark dieses Gefühl der gesamt-nationalen Verantwortung verankert ist, wurde unerwartet und plötzlich klar, als die mongolische Volksrepublik im Jahre 1960 mit einem sogenannten ›Paket‹ afrikanischer Neuländer aufgenommen werden sollte. Die Sowjetunion drohte, die Anträge um Mitgliedschaft all dieser sich bewerbenden Länder mit dem Veto zu belegen, falls die Mongolei nicht gleichzeitig aufgenommen würde; der Vertreter der nationalchinesischen Regierung aber wollte sein Veto im Sicherheitsrat dagegen einlegen, daß die Mongolei durch eine Aufnahme überhaupt als unabhängiger Staat anerkannt würde. Er glaubte, seine Regierung würde bei den überseeischen Chinesen jeden Kredit verlieren, wenn sie diese ›Lostrennung‹ der Mongolei von China legalisieren helfe. Erst stärkster Druck seitens der Vereinigten Staaten im Verein mit der Gefahr, daß eine solche Demonstration im Eigensinn alle Afrikaner ins Lager Maos treiben würde, konnte Tschiang Kai-schek bewegen, durch Stimmenthaltung die Aufnahme der Mongolei zuzulassen.

II

Taiwan ist den Vereinigten Staaten nützlich als Dorn im Fleische Maos, als unversenkbarer Flugzeugträger, und auch

wegen der Millionen ausgewanderter Chinesen, die in Indonesien, Malesien und Singapur wichtigen Einfluß ausüben. Solange die Nationalregierung diesen Auslandschinesen ein sichtbares Haupt gibt, brauchen sie nicht nach Peking zu blicken, wenn sie einen Fürsprecher suchen. Ein Verzicht der Nationalregierung auf Rückkehr zum Festland aber würde ihre Kräfte in den Dienst Pekings stellen. Denn obwohl die Chinesen im südostasiatischen Raum die Händler und Kapitalisten sind, bleiben sie doch vor allem national gesinnte Chinesen, und sie sind auch zur Zusammenarbeit mit jeder Regierung in Peking bereit, die etwas für das Prestige der Auslands-Chinesen tut. Diese Überlegung war mindestens bis zum vorigen Jahre richtig; aber das furchtbare Massaker an den Kommunisten in Indonesien, worunter viele chinesischer Herkunft waren, mag diese Neigung gedämpft haben.

Jedenfalls aber ist die Regierung in Taipeh nicht eine Regierung von Taiwanesen, sondern eine chinesische; sie will nichts anderes sein und bezieht ihren Rechtstitel allein von der Tatsache, daß sie die letzte Regierung Chinas vor der Machtübernahme durch die Kommunisten war. Das ist auch der Rechtstitel, unter dem sie den Sitz Chinas in der Vollversammlung und im Sicherheitsrat innehat.

Wie man weiß, hat Taiwan seit 1895 keine gemeinsame Geschichte mit China gehabt, und auch vorher übte der himmlische Palast in Peking seine Souveränität in Taiwan nur schwach aus. 50 Jahre lang stand Taiwan unter dem Namen Formosa unter japanischer Herrschaft. In Kairo 1943, in Jalta 1945, im Waffenstillstandsvertrag 1945 und endgültig durch die Friedensverträge von 1951/52 wurde Taiwan an China zurückgegeben, aber inzwischen war es von der Truppe der Nationalregierung als Asyl besetzt worden. Die Taiwanesen wurden nie befragt, ob sie überhaupt zu China und wenn ja, zu welchem China gehören wollten. Völkerrechtlich entsteht daher die paradoxe Lage, daß Taiwan, um als Mitglied in die Vereinten Nationen aufgenommen zu werden, erst seine Unabhängigkeit von China erklären mußte. Tschiang Kai-schek könnte also erst als Vertreter von Taiwan gelten, nachdem er sich abgesetzt hat! Eine unmögliche Annahme, mit der juristisch die sogenannte Zwei-China-Theorie fällt. Man sieht, daß die Rollen nicht nur anders verteilt sind als in der deutschen Frage, sondern daß die Lage in jeder Beziehung anders aussieht: Während die beiden China physisch, historisch und gefühlsmäßig weit weniger innig miteinander verbunden sind als die beiden Deutschland, sind ihre Regierungen doch viel weniger geneigt, sich juristisch als Vertreter zweier verschiedener Staaten zu betrachten. Denn daß Mao seinerseits kein Stück chinesischen Bodens aufgeben und schon gar nicht eine strategische Insel dem »kolonialistischen« Amerika überlassen will, versteht sich von selbst.

Es gibt daher keine Vermittlungsvorschläge, die von beiden chinesischen Parteien als vernünftig akzeptiert werden könnten. Wie Tschiang Kai-schek den Sitz Chinas ganz für sich beansprucht, so verlangt Mao Tse-tung nicht nur die Anerkennung seiner Regierung als der einzig rechtmäßigen, sondern zugleich auch die »Austreibung der Tschiang-Kai-schek-Clique« aus den Vereinten Nationen. Er kommt nicht als Bittender und erwartet keine Zugeständnisse, sondern »die Wiederherstellung der rechtmäßigen Vertretung des chinesischen Volkes«. So formulieren die Russen (oder neuerdings die Albanier) und sogar die Inder jedes Jahr den Antrag, mit dem sie die Übertragung des chinesischen Sitzes von der Nationalregierung auf die kommunistische Regierung begründen. Sie beantragen nicht, »die China-Frage« auf die Tagesordnung zu setzen; denn eine solche gibt es für sie nicht; die wurde im Jahre 1949 durch den Sieg der Waffen entschieden, und den Vereinten Nationen bleibe nur übrig, diese Entscheidung als geschichtlich und unwiderrufbar zu registrieren, indem ihr Mandatsausschuß das Beglaubigungsschreiben des Pekinger Botschafters anerkennt.

So stand die Frage zum ersten Male im Jahre 1950, ein Jahr nach der Machteroberung auf dem Festland durch die Roten. Die Vereinigten Staaten, die damals in die McCarthy-Periode hineingingen, boten alles auf, um die Zulassung eines zweiten Kommunisten in den Sicherheitsrat zu verhindern. Formell konnte die amerikanische Regierung sich auf Artikel 4 der Satzung berufen, wonach die Mitgliedschaft »friedliebenden Staaten, die die Verpflichtungen ... auf sich nehmen und ... erfüllen können«, vorbehalten ist. Keine dieser Voraussetzungen erfüllte das Peking-Regime, das durch Bürgerkrieg zur Macht gekommen war; aber als realistischer Diplomat setzte Außenminister Acheson seine Hoffnung darauf, daß »der aufgewirbelte Staub sich setzt« und daß geschickte Diplomatie einen zweiten Tito aus Mao Tse-tung machen könnte. Dazu wäre natürlich die Voraussetzung gewesen, daß man mit dieser Regierung zunächst einmal Beziehungen aufnahm und sie im Rahmen der Vereinten Nationen internationale Manieren lehrte; dieser Meinung war damals auch John Foster Dulles, der 1952 Achesons Nachfolger wurde. Aber die mächtige »China-Lobby« und der Besitzer von Time, Life und Fortune, der in China geboren war, fanden wirksame Bundesgenossen im republikanischen Parteiinteresse, und zusammen hätten sie Amerika auf den Pekingfeindlichen Kurs wohl auch drängen können, wenn der koreanische Krieg ihre Ängste nicht bestätigt hätte.

Wie man weiß, gab die Ächtung Rotchinas indirekt den Amerikanern Gelegenheit, in Korea unter der Flagge der Vereinten Nationen zu kämpfen. Denn hätte man den Kommunisten nicht den chinesischen Sitz verweigert, so hätte der Sowjetbotschafter Malik keine Ursache gehabt, die Sitzungen zu boykottieren, und wäre er an dem dramatischen Morgen des 25. Juni 1950 im Ratssaal gewesen, so hätte er sein Veto gegen die Ermächtigung zur Kollektivaktion gegen Nordkorea einlegen können. Als die Russen wieder an den Sicherheitsratssitzungen teilnahmen, ließ Acheson die »Uniting for Peace«-Resolution annehmen, die das Veto umgeht, und unter ihren Bestimmungen verurteilte die Vollversammlung im Februar 1951 Rotchina als »Angreifer«. Damit war die Mitgliedschaft vollends ausgeschlossen, und die Vereinigten Staaten begnügten sich, alle Jahre beim Beginn der Vollversammlung einen russischen Antrag auf Erörterung der chinesischen Akkreditierung verfahrensmäßig niederstimmen zu lassen. Zwar wurden die Mehrheiten langsam kleiner, aber dabei blieb es zehn Jahre lang, obwohl die Inder und andere farbige Delegationen den Ausschluß Chinas als rassistische Diskriminierung und kolonialistische Erniedrigung empfanden und obwohl die Gefühlswallungen der ehemaligen Kolonialvölker über diese Frage sich weniger gehemmt zeigten als in irgendeinem anderen Differenzpunkt mit den Vereinigten Staaten.

Auf diese Umstände bauten die Russen ihre Demonstrationen des guten Willens gegenüber der »Dritten Welt« auf. Sie erzwangen jedes Jahr (mit Ausnahme des Jahres 1964, wo keine Abstimmung stattfinden konnte) eine Abstimmung, bei der jede Delegation Farbe bekennen mußte, wie sie es mit der Frage der farbigen Vertretungen hielt. Noch grotesker war ihr Ausmarsch aus dem Saale bei jeder Rede eines Nationalchinesen. Wenn nach dem Rotationsprinzip im Sicherheitsrat der Vorsitz für einen Monat an den Nationalchinesen fiel, so begannen die Sowjetsprecher, neuerdings auch Engländer, Franzosen und nichtständige Mitglieder, ihre Reden mit der Feststellung, daß sie die Person des Vorsitzenden nicht anerkannten. In der Nahost-Krise dieses Jahres trug dieser Zufall, daß der Nationalchinese im Mai den Vorsitz führte, zu der Konfusion und Funktionsunfähigkeit des Sicherheitsrates bei.

Trotz dieser Nachteile und trotz der Aufnahme vieler neuer Mitglieder, die mit Peking diplomatische Beziehungen haben,

konnte dennoch jedes Jahr die amerikanische Delegation — man sagt, durch unverblümete Hinweise auf die Macht des China-Lobby in dem Senatsausschuß, der über Entwicklungshilfe befindet — genügend Stimmen gegen die Änderung der chinesischen Vertretung zusammenbringen. Als ihre Mehrheiten gefährlich klein wurden und die Gefahr eines Umschwunges in der Stimmung der Versammlung kaum noch abwendbar schien, griff die Botschaft der USA bei der UNO zu einem parlamentarischen Trick: Statt die Sowjetanträge im Mandatsausschuß abzuwürgen, ließ sie die ›Frage der Vertretung Chinas‹ auf die Tagesordnung setzen, aber durch die hierfür erforderliche einfache Mehrheit für einen ›wichtigen Punkt‹ erklären², so daß ein Antrag auf Änderung des Status quo nach Artikel 18 Absatz 2 eine Zweidrittelmehrheit braucht. Bei der entscheidenden Abstimmung in der XVI. Vollversammlung (1961) erhielt der Sowjetantrag nur 37 Stimmen, gegen ihn stimmten 48 und 19 enthielten sich. Mehrere Delegationen erklärten, sie würden für die Volksrepublik China gestimmt haben, wenn das nicht gleichzeitig die Austreibung der nationalchinesischen Regierung bedeutet hätte. So half also die Intransigenz der Rotchinesen und ihrer Sowjetfreunde ihren Gegnern. Manche Delegierte, die es wissen könnten, hatten auch seit langer Zeit den Verdacht geäußert, die Sowjetunion sei von vornherein gar nicht an der Anerkennung Pekings durch die Vereinigten Staaten oder die Vereinten Nationen interessiert gewesen. Im Lichte des später ausgebrochenen Streites zwischen Moskau und Peking erscheint diese Theorie um so plausibler: die Russen benutzten die ›chinesische Frage‹ in den Vereinten Nationen, um die Vereinigten Staaten in Verlegenheit zu setzen, waren aber ganz zufrieden, daß sie als einzige Großmacht im Sicherheitsrat die Sache der anticolonialen Beschwerdeführer vertreten konnten.

IV

Seit 1961 ist die Zahl der Delegationen, die für die Vertretung Pekings gestimmt haben, im ganzen gewachsen. Ihre Argumente haben sich nicht gewandelt: immer noch ist das wichtigste und überzeugendste, daß man nicht eine Regierung, die zu Recht oder Unrecht 700 Millionen Menschen vertritt, aus den Vereinten Nationen ausschließen kann. Bereits Hammarskjöld berief sich auf das Argument der Universalität der Mitgliedschaft, wonach es im Wesen eines offenen Vertrages, wie ihn die Satzung darstellt, gelegen sei, jede De-facto-Regierung aufzunehmen. Schließlich haben viele Mitgliedstaaten die Voraussetzung der ›Friedensliebe‹ nicht erfüllt, und einige sind Mitglieder geblieben, nachdem sie vom Sicherheitsrat oder der Versammlung als Angreifer und Friedensstörer gebrandmarkt wurden. Vor allem, heißt es, daß nur durch ständigen diplomatischen Kontakt die Chinesen allmählich ihre rauhe Schale abschleifen würden, und darüber hinaus geht das Argument: gerade wenn man die Chinesen für so gefährlich hält, ist um so mehr Grund, mit ihnen zu reden. Präsident Kennedy gab auch zu, daß »in einigen Jahren niemand mehr über Abrüstung wird sprechen können, ohne die Chinesen heranzuziehen«. Diese Voraussage ist heute noch viel richtiger als im Jahre 1963. Die Gegner Pekings haben dagegen geltend gemacht, daß man es keiner Regierung erlauben dürfe, »sich in die Vereinten Nationen hineinzuschließen«, daß Gewalt nicht belohnt werden dürfe, daß es sinnlos sei, Wolf und Schaf miteinander zu mischen, daß Rotchina wiederholt, in Korea, in Tibet, in Indien, seinen aggressiven Charakter bewiesen habe. Unwillentlich verstärkte der irische Außenminister Aiken dieses Argument, als er in der XIX. Versammlung vorschlug, die Peking Regierung solle anerkannt werden, falls sie gewisse Bedingungen erfülle, nämlich ausdrücklich die Friedfertigkeit Klausel des Artikels 4 der Satzung bestätige, einem Nichtverbreitungspakt für nukleare Waffen beitrete und ein

Abkommen schliesse, das alle nuklearen Mächte verpflichte, kernwaffenfreien Staaten gegen einen Angriff durch eine nukleare Macht zu Hilfe zu kommen. Statt diese Bedingungen zu prüfen, stellte Tschu En-lei aber seine eigenen Forderungen: Tschiang Kai-schek müsse aus der Weltorganisation entfernt, die Resolutionen von 1950 und 1951, die China zum Angreifer erklärt hatten, müßten zurückgenommen werden und die Versammlung müsse sich bei der Peking Regierung entschuldigen.

Dieses hochfahrende Verhalten schränkte 1965 in der XX. Versammlung die Parteigänger Pekings hinreichend ein, so daß trotz de Gaulles Revision der französischen Haltung Peking nur die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhielt. (Der Delegierte des Kongo-Léopoldville behauptete später, er sei von Leuten Sekou Tourés gewaltsam festgehalten worden, und er durfte nachträglich das Abstimmungsergebnis berichtigen; so fielen gegen Mao 48, für ihn nur 47 Stimmen bei 20 Enthaltungen.) Dennoch war der Trend unverkennbar, und die große Zahl von Stimmenthaltungen, die sowieso nur mit Mühe erkaufte waren, bedeuteten für die Amerikaner ein böses Omen. Nur der Zusammenbruch Sukarnos, Ben Bellas und Nkrumahs, die Kulturrevolution und die außenpolitischen Niederlagen Chinas sowie die Aufnahme neuer Mitglieder konnten 1966 vorübergehend das Bild ändern. In der kommenden XXII. Vollversammlung werden die Kommunisten wieder der Stimmgleichheit näher kommen.

V

Wichtige Abstimmungen über die Chinesische Frage vor den Vereinten Nationen hatten folgende Ergebnisse:

Versammlung	Mitgliedschaft		Gegen Mao	Für Mao	Enthalt.	Abwesend
1958	81	Prozedurfrage:	44	31	6	—
1961	104	Vorfrage:	61	34	7	2
		Hauptfrage:	48	37	19	—
1962	110	Hauptfrage:	56	42	12	—
1963	111	Hauptfrage:	57	41	12	1
1964	115	keine Abstimmung				
1965	117	Vorfrage:	56	49	11	1
		Hauptfrage:	48	47	20	—
1966	122	Vorfrage:	66	48	7	2
		Hauptfrage:	57	46	17	1
		Italien:	62	34	25	1

›Prozedurfrage‹ heißt, es wurde darüber abgestimmt, ob die China-Frage zur Debatte gestellt werden solle. ›Vorfrage‹ heißt hier, ob der Punkt für ›wichtig‹ erklärt wird und deshalb für eine Entscheidung einer Zweidrittelmehrheit bedarf. Einige Nationen, die in der Sache für China zu stimmen versprochen haben, stimmten in dieser Vorfrage mit den Vereinten Staaten. ›Hauptfrage‹ heißt die ›substantielle‹ Frage, ob der chinesische Sitz in den Vereinten Nationen der Peking Regierung übertragen werden solle. Diese Frage kann entweder positiv von der Sowjetseite oder negativ von der Gegenseite gestellt werden, so daß eine Stimme für den Antrag bald als ›für Mao‹ bald ›gegen Mao‹ tabelliert ist. Der ›Italienische Antrag‹ vom Jahre 1966 besagt, daß eine Kommission gebildet werden solle, um die Frage zu prüfen. Dieser Antrag wurde vereint von Anhängern und Gegnern Maos niedergestimmt.

Der Trend in der Abstimmung über die Hauptfrage zeigt bei steigender Mitgliederzahl einen Rückgang der Gegner und einen Fortschritt der Anhänger Mao Tse-tungs. Dieser Trend wurde aber zweimal unterbrochen — im Jahre 1963 nach dem Einfall der Chinesen in Indien und im Jahre 1966 im Gefolge der ›Großen Kulturrevolution‹.

Wer stimmte nun für China? Zunächst alle asiatischen Staaten, die schwer unter der Erbschaft des Kolonialismus leiden

und die sich gegen die Parteinungen des sog. »Kalten Krieges« wehren. Führer dieser Gruppe war von Anfang an Indien, das zwar von den Amerikanern als demokratischer Gegenspieler des kommunistischen China ausersehen war, aber diese Rolle lieber nicht spielen, sondern gute Beziehungen mit China behalten wollte. Man weiß, wie schlecht das gelungen ist; aber die schlechten Erfahrungen haben Indien nicht eines Besseren belehrt. Es sieht in China nicht eine expansionistische Macht, die noch dazu von einer Partei mit einer weiterlösenden Ideologie regiert wird, sondern ein farbiges Volk, das von den Imperialisten um seine Rechte gebracht wird. Auch viele andere Regierungen Asiens sind in diesem Fall farbenblind, oder besser farben-verblindet: sie sehen überall nur den Gegensatz zwischen Weiß und Farbig. Mit diesem Block von asiatischen Neutralisten identifizieren sich auch die 13 Araberstaaten und die 13 kommunistisch regierten Staaten, ob sowjetisch, chinesisch oder revisionistisch orientiert. Afrika dagegen ist weniger einheitlich; dafür aber ist es weniger berechenbar. De Gaulles Einfluß hat manche, die gewöhnlich der französischen Führung folgen, aus dem amerikanischen ins chinesische Lager geführt. Schließlich hat England von Anfang an den amerikanischen Standpunkt in der China-Frage für dogmatisch gehalten und stimmt seit 1961 mit anderen Angehörigen des Sterling-Blockes für Peking in der substantiellen Frage, aber für Amerika in der Vorfrage. Daß dabei wirtschaftliche Gesichtspunkte und die Lage Hongkongs eine Rolle spielen, ist wohl selbstverständlich.

De Gaulles Motive dagegen sind vorwiegend politisch: er möchte den neutralistischen Block und die Ressentiments der farbigen Völker gegen die angelsächsischen Führungsmächte ausspielen, und er schafft sich bei ihnen good will, indem er mit ihnen in einer Frage stimmt, die Frankreichs eigene Interessen weder positiv noch negativ berührt. Die Skandinavien und Österreich begannen schon frühzeitig, im Sinne Pekings zu stimmen; bei ihnen spielten teils taktische Motive eine Rolle, teils die Animosität sozialistischer Regierungen gegen den »faschistischen« Tschiang Kai-schek.

Schließlich ist zu fragen: Werden die Vereinigten Staaten jemals ihre Opposition gegen die Anerkennung der Peking-Regierung aufgeben? Es ist klar, daß das nationalchinesische Prestige für Amerika selbst zur reinen Prestigefrage geworden ist. Tschiang Kai-schek ist die Quelle vieler Verlegenheiten, und die Gewißheit seines Ablebens ein Grund zu tiefer Besorgnis für das State Department. Bekannt ist, daß viele Würdenträger, darunter der jetzige US-Botschafter Goldberg und sein Vorgänger Stevenson, beim Präsidenten für Aufgabe der bisherigen starren Haltung plädiert haben, aber nicht gegen die Routiniers im State Department und im Kongreß, die »Old China Hands«, durchdrangen. Der Assistant Secretary of State, Roger Hilsman, der einmal einen öffentlichen Vorstoß auf eine elastischere Politik hin wagte, mußte seinen Abschied nehmen.

Technisch bietet natürlich die Abwesenheit eines Mao-Vertreters im Sicherheitsrat einige Erleichterungen. Ob die es rechtfertigen, daß Amerika Jahr für Jahr sich der erniedrigenden und kostspieligen, auf die Dauer für alle Beteiligten demoralisierenden Prozedur des Stimmenkaufs unterziehen muß, um die dennoch abbröckelnden Mehrheiten zusammenzuhalten, bleibt vielen Beobachtern fragwürdig; aber sie rechnen mit keiner baldigen Revision der amerikanischen Politik, es sei denn im Rahmen eines Generalausgleichs, der gleichzeitig Frieden für Südostasien bringt.

*

Aber die amerikanische Unbeweglichkeit ist nur eine Seite des Problems, und nicht einmal die schwierigste. Wie die Dinge heute liegen, scheinen die Chinesen weder am Frieden



Die Karte zeigt das gegenwärtig von Israel besetzte Gebiet: vom Suezkanal bis auf die syrischen Grenzhöhen hinauf und nach Scharm el Scheich am Eingang zum Golf von Akaba hinunter. Das dicht schraffierte Feld ist Israel vor Ausbruch des Krieges am 5. Juni 1967. Wird für diesen Nahostraum eine friedliche Regelung gefunden werden? (Siehe den Beitrag S. 105 ff.)

in Südostasien noch an einem Einzug in die UNO das geringste Interesse zu haben. Gewiß, ihr Plan von 1965, mit Indonesien, Albanien, Sansibar, Kuba, Algerien, Ghana und vielleicht anderen Abtrünnigen und Außenseitern eine Gegen-UNO zu gründen, fiel mit dem Sturz Sukarnos, Ben Bellas und Nkrumahs, mit dem Zusammenbruch der »Zweiten Bandung-Konferenz«, die in Algier abgehalten werden sollte, und den Mißerfolgen der chinesischen Interventionen in Afrika. Aber die Lehren, die Mao Tse-tung aus diesen Rückschlägen zieht, deuten eher auf eine Intensivierung seiner isolationistischen Neigungen, und auch Tschu En-lei scheint sich mehr von einem chinesischen Alleingang in der Weltpolitik zu versprechen als von seiner Beteiligung an einem Mächtkonzert. Von den Vereinten Nationen hält er weder als Marxist noch als Chineser viel.

Anmerkungen:

- 1 Die sog. Zwei-China-Lösung, vorgetragen von Irlands Außenminister Aiken in der XIX. Generalversammlung, UN-Doc. A/PV. 1295 vom 8. Dezember 1964.
- 2 UN-Doc. A/RES/1668 (XVI) vom 15. Dezember 1961. - Die Entscheidung der Versammlung bindet aber nicht spätere Versammlungen; daher muß auch die Vorfrage jedes Mal wieder gestellt werden.